

Über kurz oder Lang

– Für ein digitales Deutschland –

Eine Kolumne von **Christina Lang**

Digitalcheck? Digital by Design!

Fast alle von uns kennen das: In unserem privaten Leben läuft vieles heute ganz selbstverständlich digital. Wir bleiben mit Freunden in Kontakt, bestellen Essen, buchen Reisen. Selbst Online-Arztbesuche wurden durch die Pandemie möglich – wenn auch klar reglementiert. Die Prozesse sind einfach, meist sind wir mit wenigen Klicks am Ziel.

Aber was passiert, wenn wir mit unserem Staat interagieren? Wenn wir eine Leistung in Anspruch nehmen möchten, die uns zusteht? Dann wird's schnell kompliziert. Wir müssen Anträge ausfüllen – auch fünf Jahre nach Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes leider häufig noch analog und vor Ort im Amt. Oder wir müssen Daten bereitstellen, die dem Staat eigentlich bereits vorliegen – die Grundsteuererklärung ist dafür ein aktuelles Beispiel. Sie hat nicht nur die Nerven unzähliger Bürgerinnen und Bürger strapaziert, sondern auch in Finanzämtern und Steuerberatung für kaum zu stemmende Mehrbelastungen gesorgt.

Doch warum tun wir uns so schwer damit, Verwaltungsleistungen einfach zu digitalisieren? Der Fehler liegt meist ganz am Anfang: im Gesetzgebungsprozess. Werden hier die Potenziale der Digitalisierung nicht konsequent mitgedacht, sind selbst bürgerzentriert entwickelte und gut gemachte digitale Angebote nicht mehr als ein Pflaster auf einer klaffenden Wunde.

Genau das soll sich jetzt ändern. Gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium ar-



Christina Lang ist Chief Executive Officer (CEO) des DigitalService.

Foto: BS/DigitalService

beiten wir daran, neue Gesetze und Verordnungen von Anfang an digitaltauglich auszugestalten. Also quasi "Digital by Design".

Digitalcheck aus dem Baukasten

Der Digitalcheck an sich ist keine neue Idee. Aber so richtig Schwung reingekommen ist erst mit dem Koalitionsvertrag, in dem er als wichtiger Baustein für eine bessere Rechtsetzung verankert ist. In einer neuartigen interdisziplinären Zusammenarbeit wird der Digitalcheck seither gemeinsam mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe aus vier für die bessere Rechtsetzung strategisch relevanten Ressorts und unter Einbindung von Legistinnen und Legisten und dem Normenkontrollrat entwickelt. So entstand ein Baukasten, der auf fünf Prinzipien basiert und geeignete Prozesse, Methoden und Kompetenzen an die Hand geben soll. Diese

Prinzipien greifen schon zu Beginn der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes und leiten die Legistinnen und Legisten an. Der Digitalcheck ist konstruktiv, praxisorientiert und unterstützt, anstatt nur zu kontrollieren, wie es der Name unglücklicherweise suggeriert. Seit Januar 2023 ist er bei Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene verpflichtend und wird aktiv angewendet.

Doch das war nur der Anfang. Jetzt befinden wir uns in einer immens wichtigen Phase: der Realitätskonfrontation. Wie kommen Legistinnen und Legisten mit dem Digitalcheck klar? Auf welche Hürden stoßen sie? Basierend auf den Erfahrungen im Alltag der Gesetzgebung wird der Digitalcheck – wir sprechen derzeit bewusst von einer "Beta-Version" – praxisorientiert weiterentwickelt. Denn er soll eines definitiv nicht sein: eine Gängelung ohnehin schon stark belasteter Ministerialmitarbeitender. Wir wissen aber, dass es genau diese Befürchtung gibt: eine weitere Anforderung "on top", die Mehrbelastung bringt.

Ja: Anfangs wird der Digitalcheck sicher mancherorts ein Mehr an Arbeit verursachen. Allein schon, weil er neu ist und die Routine fehlt. Perspektivisch aber bietet er enorme Chancen. Nicht nur für den Blick, den die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Verwaltung haben. Sondern auch für eine enorme Entlastung auf der Arbeitsebene. Eine Situation wie bei der Grundsteuererklärung wollen wir sicher alle nicht noch einmal erleben.

MATERNA
Information & Communications

**MATERNA
IM PUBLIC
SECTOR**

**Wir begleiten Ihre OZG-Vorhaben mit
durchgängigen Ende-zu-Ende-Lösungen**

Weitere Infos:
www.materna.de/ps

DIGITALER STAAT ONLINE

DISKUSSION.

www.digitaler-staat.online

Jetzt kostenfrei anmelden!



Graphic: stock.adobe.com/Bevector

17. März 2023: Ransomware: I don't care

10:30 Uhr: **Der proaktive Schutz gegen neuartige Malware und Datendiebstahl**

Das Thema Ransomware ist stets in aller Munde und die Bedrohung Nummer eins moderner und vernetzter Endpoints. Wir blicken auf die Gefahren dieser modernen Malware, deren Funktionsweise, erläutern warum die Gefahren von Ransomware und Datenklau besonders häufig gemeinsam auftreten und vor allem wie man sich effektiv dagegen schützen kann.

ROHDE & SCHWARZ



Moderation: **Dr. Eva-Charlotte Proll**, Herausgeberin und CDO, Behörden Spiegel
Clemens A. Schulz, Director Endpoint Security, Rohde & Schwarz Cybersecurity
Stefan Gockel, Key Account Manager, Rohde & Schwarz Cybersecurity

Weitere Veranstaltungen

21.03.2023	10:30–12:00 Uhr	Location Intelligence – Erfolgsfaktor für die Verwaltungsdigitalisierung
23.03.2023	10:30–12:00 Uhr	Digitale Souveränität im Cloudzeitalter – Beweglichkeit ohne Kontrollverluste
24.03.2023	10:30–12:00 Uhr	Application Performance Monitoring und zentrale Log-Verwaltung
30.03.2023	10:30–12:00 Uhr	3 Monate keine Bürgerservices? Hackerangriffen durch Schatten-IT vorbeugen
31.03.2023	10:30–12:00 Uhr	Modernes Rechenzentrum – Schlüssel zu Nachhaltigkeit ist Softwaresteuerung
13.04.2023	10:30–12:00 Uhr	Maximale Sichtbarkeit, Optimierung Security Stacks & Abwehr Zero-Day Angriffe
14.04.2023	10:30–12:00 Uhr	Agil, flexibel... sicher? Wie Behörden IT-Infrastruktur cybersicher transformieren
18.04.2023	10:30–12:00 Uhr	Erhöhte Bedrohungslage fordert ganzheitliche Konzepte – Zero Trust



www.facebook.com/digitalerstaat



twitter #digistaat



www.instagram.com/digitaler_staat

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Digitaler Staat und Cyber Security" und verantwortlich i.S.d.P: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Guido Gehrt, Matthias Lorenz. Redaktion: Jonas Brandstetter, Marco Feldmann, Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Ghazaleh Hesami, Benjamin Hilbricht, Bennet Klawon, Scarlett Lüscher, Dr. Eva-Charlotte Proll, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßebreckner. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement. Redaktionsassistent: Kerstin Bauer, Kirsten Klenner (Berlin), Nina Parisi (Bonn). Produktionsassistent: Wiebke Werner.

ProPressVerlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch.

Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Digitaler Staat". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.